

Die neue Volkspartei

KLUB DER ÖVP BEZIRKSÄTINNEN UND BEZIRKSÄTE NEUBAU

Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **25.03.2021** folgenden

ANTRAG

betreffend verkehrstechnische Maßnahmen im Zuge der Errichtung eines IKEAs beim Westbahnhof

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, entsprechende bezirksübergreifende Pläne und Konzepte zu erarbeiten, die eine bessere Anbindung der Äußenen mit der Inneren Mariahilfer Straße ermöglichen. Konkret soll die Möglichkeit geprüft werden, ob die U-Bahnstationsunterführung, die derzeit die beiden Teile der Mariahilfer Straße verbindet, so attrahiert werden kann, dass sie als interessante Fußgängerrelation in die Innere Mariahilfer Straße vermehrt genutzt wird. Nachdem neben dem Einkaufszentrum des Westbahnhofs nun mit der kommenden Eröffnung eines IKEA-Möbelhauses beim Westbahnhof ein weiterer Anziehungspunkt für die Nahversorgung entsteht, sollte diese verkehrstechnisch so erschlossen werden, dass sie für Fußgänger besonders attraktiv erreichbar ist.

Begründung:

Die Eröffnung eines IKEA-Marktes im ehemaligen „Blauen Haus“ gleich beim Nebeneingang des Westbahnhofes wertet das Bahnhofsareal als Shoppingmöglichkeit enorm auf. Das wird auch eine Zunahme der Besucherfrequenz mit sich bringen. Um hier nun einen sinnvollen Modal-Splitt bei der Zufahrt zu fördern, muss vor allem die Fußgängerfreundlichkeit in den verkehrsplanerischen Überlegungen im Vordergrund stehen. Damit könnten die positiven Kaufkrafteffekte des neuen Möbelhauses auch für die Mariahilfer Straße nutzbar gemacht werden. Ein wesentlicher Bestandteil eines solchen Konzeptes muss die Attraktivierung der vorhandenen U-Bahnunterführung zwischen der Innereren und Äußereren Mariahilfer Straße

sein. Durch eine Neugestaltung dieses Teils der U-Bahnstation Westbahnhof, etwa durch die Ansiedlung von Geschäftslokalen, werden die Einkaufsmöglichkeiten des Westbahnhofs für Fußgänger verbessert und kann eine Zunahme des sonstigen Verkehrs vermieden werden.